

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **47 (1967-1968)**

Heft 7

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Kehraus

Der politische Frühherbst weist dieses Jahr wenig markante Akzente auf. Alles rüstet sich auf die Oktoberwahlen. Auch das Bundeshaus stellt sich auf diese Situation ein: Die Botschaften und Verlautbarungen fließen spärlicher als sonst zu dieser Jahreszeit. Die Vorbereitungen der Herbstsession der eidgenössischen Räte stehen ebenfalls im Schatten der kommenden Ausmarchungen. Die Tätigkeit der Kommissionen ist wenig spektakulär. Es hat so etwas wie Kehrausstimmung Einzug gehalten.

Es steht zu erwarten, daß vor allem der Nationalrat in seiner personellen Zusammensetzung stark verändert werden wird. So erscheint es da und dort als sinnvoll, hängige Geschäfte erst nach den Wahlen weiter voranzutreiben. In andern Fällen fanden es die vorberatenden Kommissionen richtig, einen Entscheid vorläufig auszusetzen, um «weitere Informationen einzuholen». Wenn man sich die betreffenden Geschäfte genauer ansieht, so läßt sich allerdings der Verdacht kaum abwehren, daß der Grund zur Verschiebung weniger im Informationsbedürfnis als in einem — durchaus begreiflichen — Mangel an Lust liegt, diese Vorlagen ausgerechnet im Vorfeld der Wahlen öffentlich vertreten oder ablehnen zu müssen.

Das dürfte vor allem bei der Überfremdungsinitiative der Demokraten der Fall sein. In seiner Botschaft vom 9. August hatte der Bundesrat diesen Vorstoß als untauglichen Versuch zur Lösung des Überfremdungsproblems bezeichnet. Und anscheinend kam eine starke Mehrheit der nationalrätlichen Kommission anfangs September zum gleichen Schluß. Doch beschloß sie, die endgültige Stellungnahme so lange auszusetzen, bis die Ergebnisse eines gegenwärtig laufenden Ver-

nehmlassungsverfahrens über neue Maßnahmen des Bundesrates zur Begrenzung der ausländischen Arbeitskräfte vorliegen! Immerhin ist in diesem Falle festzustellen, daß ein Aufschub auch im Interesse der Sache sein dürfte: Es wäre nur von Nachteil, wenn dieses menschlich wie wirtschaftlich heikle Problem im Rahmen des Wahlkampfes durchexerziert werden müßte.

Rechtzeitig

Neben solchen Fällen wohl dosierter Verschleppungstaktik gibt es allerdings auch ein Gegenbeispiel: die Behandlung der Bodenrechtsfrage. Als sich das Schweizervolk im vergangenen Frühsommer zur Abstimmung über die Bodenrechtsinitiative des Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz rüstete, wurde aus dem Bundeshaus bekannt, daß die Vorlage des Bundesrates für einen neuen Verfassungsartikel voraussichtlich noch diesen Herbst spruchreif werde. Es besteht kein Zweifel, daß diese Ankündigung mit zur deutlichen Verwerfung jener Initiative beigetragen hat. Um so wichtiger war es politisch, daß die Landesregierung auch Wort halten konnte. Der Bundesrat hat es getan. Am 15. August veröffentlichte er eine entsprechende Botschaft.

Der Entwurf enthält zunächst einmal die von verschiedenen Seiten geforderte ausdrückliche Eigentumsgarantie. Er führt ferner ausgewogene Bundeskompetenzen auf dem Gebiet der Landesplanung ein. Leider erweckt aber die Botschaft den Eindruck, daß die Konzeption der Ausführungsgesetzgebung noch zu wenig abgeklärt ist. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Vorlage noch Gegenstand ausgedehnter Auseinandersetzungen sein wird. Immerhin werden sie sich bei einigem guten

Willen auf die rein sachlichen Fragen konzentrieren lassen, nachdem es nun gelungen ist, das Problem psychologisch-politisch einigermaßen zu entschärfen.

Heerschau

Im übrigen gilt das öffentliche Hauptinteresse nunmehr den letzten Musterungen der Parteien. Kandidatenlisten werden bereinigt, Wahlfonds geüfnet, die Arsenale der Propaganda überprüft. Dabei steht man unter dem Eindruck, daß die Dinge, wie in andern Bereichen unseres staatlichen Lebens, auch hier in Fluß geraten sind. Die Kundgebungen der Parteien bieten das Bild mehr oder weniger ausgeprägten Suchens nach neuen Formen der Präsentation, wobei die einen Gruppen, vor allem die kleineren, ganz auf «modern» machen, während die großen Parteien mit breiter und soziologisch vielschichtiger Basis sich eher vorsichtig an einen «New Look» herantasten.

Es war hierzulande bisher eine weitverbreitete Zurückhaltung gegenüber «amerikanischer» Wahlmethoden festzustellen. Man wollte nicht so recht einsehen, daß Parteiprogramme und Kandidaten gleich «verkauft» werden müssen wie Waschmittel oder Zigaretten. Man vertraute auf den politischen Sinn und die politische Kultur unseres Volkes. Man glaubte, daß der Bürger sich im Bereich der Politik nach wie vor von seinem Pflichtgefühl leiten lasse und sich daher die Mühe der selbständigen Urteilsbildung aus eigener Initiative nehme.

Das scheint endgültig vorbei zu sein. Die Parteien fühlen sich offensichtlich vor das Problem gestellt, das früher stillschweigend vorausgesetzte Interesse erst einmal wecken zu müssen. Und dazu bieten sich eben nunmehr die Möglichkeiten moderner Werbung in ihrer ganzen Breite vom simplen Reklametrick bis zur ausgeklügelten Public-Relations-Kampagne an. Es ist vom Image fast mehr als von Politik die Rede. Über die optische Wirkung eines Wahlkampfprogramms wird in den verant-

wortlichen Gremien mindestens so ausführlich geredet wie über die Aktionsprogramme.

Kandidat Lämppli

Solange diese «Reizwerbung» nicht zu einer eigentlichen Entpolitisierung der Wahlen führt, läßt sich unter den gegebenen Umständen nicht allzuviel dagegen einwenden. Grundsätzlich schließt ja die «Verpackung» von Kandidaten und Parteien in neue Formen der Präsentation die Wahrung der politischen Substanz nicht zum vorneherein aus. Auch wird man zugeben müssen, daß die Methoden der «guten alten Zeit» ebenfalls nicht immer dem Idealbild demokratischer Manner entsprochen haben.

Man wird deshalb sagen können, daß es sich im Grunde genommen um eine Frage des Maßes handelt. Wo aber liegt die kritische Grenze? Ist sie überschritten, wenn — wie dies im Aargau geschehen ist — ein Runder Tisch mit einem deutschen Dichter und Linksintellektuellen garniert und damit zugkräftiger gemacht wird, wobei dieser sich mit spektakulären Ausfällen gegen unser Land und dessen «Establishment» erkenntlich zeigte? Die Frage läßt sich nicht einfach mit einem «Das haben wir nicht nötig» abtun. Auch offensichtliche Provokationen können zur politischen Substanzbildung beitragen, wenn die Herausforderung wirklich über die Ebene des «Plausches» hinausgeht und zu ernsthaften Auseinandersetzungen anregt. Der Akzent liegt allerdings auf dem «wenn»; denn die Erfahrung lehrt, daß es meist bei der «Show» bleibt.

Und wie steht es um die neuen Praktiker der Kandidatenauswahl? Was ist dazu zu sagen, daß ein berühmter Kabarettist wie Alfred Rasser, der Schöpfer des HD Lämppli, eine der Nationalratslisten ziert? Ist dies ein Affront gegenüber dem Politiker angestammter Art? Oder ist es nicht vielmehr die bloße letzte Steigerungsform einer Tendenz, die längst zur Tagesordnung gehört: der Versuch der politi-

schen Kapitalisierung von unpolitischem Prestige? Wo liegt denn der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Kandidaten Lämppli und dem Kandidaten X, der in seiner Eigenschaft als Gewerkschafts- oder Verbandsfunktionär nominiert worden ist, oder dem Kandidaten Y, dessen Hauptvorzug in der parteipolitischen «Unverbrauchtheit» oder in seinem beruflichen und gesellschaftlichen Ansehen besteht?

Die Kandidatur Lämppli ist ein Symptom für den Zustand unserer politischen Verhältnisse.

Schwierige Prognostik

Nochmals: die Dinge sind im Fluß. Das wirkt sich auch auf die Prognostik aus. Die politischen Aguren lassen sich dieses Jahr besonders ungern auf Voraussagen ein. Wie wirken sich die neuen Propagandamethoden aus? Wie groß ist vor allem auch die Rechnung, die den Regierungsparteien und insbesondere jenen unter ihnen präsentiert wird, deren Exponenten die Departemente mit den größten Angriffsflächen zu verwalten hatten? Ist die «Mirage»-Welle verebt? Und wie weit vermögen die «Oppositionsparteien» aus der Konjunkturpolitik noch Kapital zu schlagen?

Das alles sind im Augenblick noch offene Fragen im wahrsten Sinn des Wortes. Der Trend der Frühjahrswahlen in einzelnen Kantonen deutete zwar unmißverständlich auf eine Glückssträhne der oppositionellen Außenseiterparteien. Das braucht aber keineswegs zu heißen, daß er sich unvermindert auch auf die eidgenössische Arena übertragen werde. Die «Regierungsparteien» sind inzwischen nicht untätig geblieben; auch ist es nicht einfach, eine «politische Grundwelle», die sich vor allem aus dem «Malaise» nährt, über längere Strecken in Bewegung zu halten. Vieles wird auch vom Verlauf der Kampagne abhängen, die im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen noch im Stadium desstellungsbezugs steckt.

Möge das Stimmvolk eine glückliche Hand haben bei der Wahl seiner Repräsentation! Die nächsten Jahre werden viel von unserem Parlamente fordern.

Gewaltentrennung

Am ersten Septemberwochenende fand im Kanton Schaffhausen eine Abstimmung von grundsätzlicher Bedeutung statt, die über die Schaffhauser Grenzen hinaus Beachtung verdient. Der Souverän hatte über eine Vorlage zu entscheiden, welche auf eine bessere Gewalttrennung abzielte. Es ging vor allem um die Frage, ob Verwaltungsfunktionen und Richterämter wie bisher in Personalunion verbunden sein dürfen, ferner ob Chefbeamte der Kantonsverwaltung in den Großen Rat wählbar seien.

Auf den ersten Blick schien der Vorstoß sich geradezu aufzudrängen. Das Prinzip der Gewalttrennung gehört zu den tragenden Säulen der Demokratie. Doch schon die langwierige Vorbereitung der endgültigen Vorlage — im Großen Rat wurde ihre ursprüngliche Gestalt stark verändert — machte deutlich, daß sie für weite Kreise offensichtlich problematischer war, als man von außen auf Antrieb vermutet hätte. Und die Abstimmung unterstrich dies mit aller Deutlichkeit: Die Vorlage wurde sogar mit knappem Mehr verworfen.

Der Grund mag vor allem in den besonderen Verhältnissen eines kleinen Kantons liegen. Seine Reserven an qualifizierten Kadern für öffentliche Positionen sind nicht unbegrenzt. Für die Kumulation von Ämtern sprechen darüber hinaus häufig auch finanzielle Gründe. Vielfach sind die einzelnen Stellen so dotiert, daß sie ihren Mann nicht gänzlich nähren. Für den Ausgang der Abstimmung scheint aber auch die Tatsache von Bedeutung gewesen zu sein, daß sich das Beamtentum dagegen wehrte, in seinen politischen Rechten beschnitten zu werden.

Die schweizerische Öffentlichkeit wird sich in nächster Zeit aller Voraussicht nach

häufiger mit solchen Grundsatzfragen beschäftigt müssen. Anfangs September tagte in Schwyz zum zweitenmal die vom Bundesrat im Frühsommer eingesetzte Arbeitsgruppe für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung. Es

ist zu erwarten, daß sie in absehbarer Zeit vor die Öffentlichkeit treten wird, um die weiteren Arbeiten in Verbindung mit möglichst breiten Kreisen vorantreiben zu können.

Spectator

DAS KRÄFTESPIEL DER GRUPPEN IM INDUSTRIELLEN BETRIEB

Das reformierte Tagungs- und Studienzentrum Boldern veranstaltete gegen Ende Juni eine Tagung, der wohl besondere Bedeutung zukommt: Sie stellte unter dem Thema *Das Kräftespiel der Gruppen im industriellen Betrieb* den Versuch dar, Unternehmer, Abteilungsleiter, Arbeitnehmer und Gewerkschaftsführer zu einer gemeinsamen Aussprache zusammenzuführen, um so die Gespräche innerhalb der einzelnen Gruppen unserer Industrielwelt mit einer Begegnung zwischen diesen Gruppen zu bereichern. Diese Absicht entsprang, wie Pfarrer *Paul Frehner* deutlich festhielt, dem Bedürfnis und der dringenden Notwendigkeit, Boldern zu jener Stätte des lebendigen Meinungs-austausches werden zu lassen, die wirkliche Kontakte ermöglicht. Man möchte beifügen, daß Boldern damit gut beraten ist: Gerade in unserer sogenannten pluralistischen Gesellschaft wird immer schärfer und unmißverständlicher offenbar, daß sich die einzelnen Partner nur mit Mühe und mit großer Unsicherheit um ihre «Rollenfindung» bemühen.

Zu Beginn der Tagung führten einzelne Kurzreferate sozusagen in das Selbstverständnis der Gruppen ein. Aus dem Blickwinkel des Unternehmers sprach Peter Geilinger, Winterthur; als Präsident einer Arbeiterkommission umriß Ernst Egli (Winterthur) den Standpunkt des Arbeiters; Kantonsrat Walter Hauser (Zürich) legte die Gewerkschaftssituation dar, während Heinrich Wagner von den VBZ die Probleme der Angestellten darlegte. In Gruppengesprächen wurden sodann die

gebotenen Einführungen verarbeitet und in einem Plenums- und Podiumsgespräch weiter vertieft. Die behandelten Fragen sollen es Boldern ermöglichen, in Zukunft speziellere Begegnungen vorzubereiten. Diese erste Aussprache aber war im Blick auf dieses Ziel ein glücklicher Beginn. Die große Breite des erarbeiteten Stoffes wird sich ohne weiteres in konkreten Themensstellungen erweitern lassen. Gleichzeitig bietet diese Fülle aber auch die ausgesprochene Schwierigkeit, adäquat über alle Probleme zu referieren. Im Sinne einer Zusammenfassung und Weiterverarbeitung werden im folgenden einige Schwerpunkte namhaft gemacht.

Offensichtlich läßt sich der heutige Zustand als Gesprächsnot umschreiben. Dies, obwohl — oder vielleicht gerade weil — die Partner in herkömmlichen institutionalisierten Formen und Rollen auftreten. Die entscheidende Frage im gegenwärtigen Entwicklungsabschnitt der Unternehmer-, Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen dürfte nicht (mehr) die sein, ob sich ihr Wirken vor der Öffentlichkeit und vor ihren Mitgliedern irgendwie moralisch rechtfertigen läßt, sondern vielmehr wie sie die gegenwärtige Stagnation überwinden und zu einem aktiveren Sozialpartner im sogenannten pluralistischen Gemeinwesen werden kann. Es wird deshalb notwendig, weniger auf die spezifischen Ursprungsleitbilder zurückzugreifen, als vielmehr — heute noch nicht überall klar erkennbare — vorausschauende Handlungsprinzipien zu entwickeln.

Die Gespräche machten ausgesprochen oder unausgesprochen immer wieder diese Akzentverschiebung deutlich.

Ein weiteres kommt dazu: Wenn es zu einer tatsächlichen Begegnung zwischen den Gruppen kommen soll, müssen partikuläre Interessen immer mehr Allgemeininteressen geopfert werden. Ohne diese Relativierung bleibt das Mitreden unglaublich. Ja, es entsteht daraus eine Verpflichtung zur Selbstberichtigung gegenüber Partnern und Öffentlichkeit, die immer wieder neu einen breiten Konsensus verschiedenster Gruppierungen bestätigen muß. In der Einordnung und Zuordnung liegen deshalb die Grenzen des Pluralismus, der so oft negativ als Ergebnis interessengebundener Zersplitterung definiert wird. Nicht von ungefähr wird der Wunsch laut, in partnerschaftlichen Verhältnissen die gemeinsamen Probleme zu lösen und den Immobilismus zu überwinden. Die großen und vorerst möglicherweise noch übertriebenen Erwartungen, die sich mit dem Begriff der Partnerschaft verbinden, zielen auf ständige Kontakte unter den verschiedenen Trägern der Interessen, auf einen Koordinierungsvorgang, der es ermöglichen soll, Erfahrungen auszutauschen und weiterzugeben. Es erscheint beispielsweise typisch, daß in den verschiedenen Kurzreferaten keine «Endziele» formuliert wurden. Grundsatzprogramme alten Stils finden keine Gegenliebe, ihre Brüchigkeit ist in der heutigen gesellschaft-

lichen Dynamik oder vorsichtiger ausgedrückt: in diesem Vorgang der neuen Rollenfindung zu offensichtlich. Die ideologische Selbstbetrachtung gehört der Vergangenheit an.

Diese Überlegungen indessen schließen die Erkenntnisse und Lehren der Vergangenheit nicht aus. Hier spielt das 1937 geschlossene Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie eine bedeutende Rolle. Es ermöglichte eine ruhige Entwicklung zwischen den Sozialpartnern und entschärfte wesentlich die grundsätzlichen Gegensätze. Aber obwohl sich in einem solchen Dokument und in den auf Boldern geführten Gesprächen viel guter Wille manifestiert, bleiben doch Fragen des Zusammenlebens innerhalb des Betriebes offen, die elementare Verhaltensweisen der Beteiligten betreffen. Es sind menschliche Bedürfnisse, welche sich hier zu Wort melden, und sie geben ein Indiz für das «Wohin?» dieses Prozesses der Umstrukturierung. Es wird die Aufgabe von Boldern sein, diese Fragestellungen aufzuspüren und zu verarbeiten. Deshalb ist man sehr gespannt, zu erfahren, wie die begonnene Arbeit nun konkret weitergeführt werden soll. Daß in ihr eine unbezweifelbare Chance liegt, ist offensichtlich, und daß das wache Interesse der verschiedenen Gruppen vorhanden ist, bewies diese Tagung eindrücklich.

Carl Holenstein